



Sachstand 17.01.2011 15:00 h

## Politische Wende in Tunesien Was ist von der Jasmin-Revolution zu erwarten ?

Das tunesische Volk hat in einer im arabischen Raum einmaligen basisdemokratischen Revolution aus eigener Kraft ihren seit 23 Jahre herrschenden Staatspräsidenten Zine el-Abidine Ben Ali gestürzt. Die sozialen Unruhen, die am 17. Dezember 2010 mit der Selbstverbrennung eines arbeitslosen akademisch gebildeten Jugendlichen ihren Lauf nahmen, kulminierten Ende vergangener Woche in der Auflösung des Parlamentes und der Flucht des Präsidenten.

Seit Mitte Dezember fanden in Tunesien Demonstrationen und soziale Unruhen statt, in denen die Bevölkerung zum ersten Mal während der Regierungszeit Präsident Ben Alis offen gegen die ausufernde Korruption und den Machtmissbrauch der Präsidentenfamilie demonstrierte. Die Demonstrationen haben, ausgehend von den südlichen Landesteilen, eine in der Geschichte Tunesiens bisher nie gekannte Intensität erlangt. Nach nicht verifizierbaren Nachrichten sollen dabei zwischen 50 und 100 Demonstranten teilweise gezielt von der Polizei und der Nationalgarde erschossen worden sein.

Ben Ali hatte 1987 den greisen ersten Staatspräsidenten Bourgiba abgesetzt und die Macht übernommen. Dabei versprach er Demokratisierung und eine sozial gerechte Entwicklung des Landes. Demokratische Defizite wurden dabei von der Bevölkerung angesichts der Gefahren durch demagogisch-islamistische Bewegungen akzeptiert. Unzweifelhaft unterstützte der überwiegende Teil der Bevölkerung in den ersten zehn Jahren seiner Herrschaft den Präsidenten und seine Partei RCD (Demokratisch-konstitutionelle Vereinigung).

Obwohl Ben Ali weiterhin in seinen Reden für sozialen Ausgleich, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintrat, degenerierte seine Herrschaft im Laufe der Jahre zu einer Diktatur, in der alle Staatsgewalten gleichgeschaltet, Wahlen gefälscht, die freie Presse ausgeschaltet und selbst die vorsichtigsten Kritiker durch Gewaltanwendung, Inhaftierung oder beruflichen Ruin verfolgt wurden.

Weiterhin begann insbesondere seine Familie (Familie Trabelsi seiner zweiten Frau) vor etwa zehn Jahren, das Land zunehmend auszuplündern, indem diese sich staatliche Ländereien, Staatsgesellschaften, das Bankensystem, Importlizenzen in einem nicht vorstellbaren Maße aneignete und nationale Investoren dazu zwang, Anteile an prosperierenden Firmen entschädigungslos an sie abzutreten. Die so erlangten Reichtümer wurden kaum im Lande investiert, sondern weitgehend ins Ausland geschafft.

Wegen dieser Unsicherheit investierten auch die nationalen Investoren nicht mehr und es wurden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Ausländische Firmen dagegen wurden wegen des zu befürchtenden negativen Echos weitgehend in Ruhe gelassen.

Im Bereich der Bildung nimmt Tunesien in der arabischen Welt eine Vorreiterrolle ein und weist ein in arabischen Ländern sonst kaum vorzufindendes Bildungsniveau auf. Die hohe Rate von Universitätsabsolventen in einer stagnierenden Wirtschaft führt jedoch

unweigerlich zu einer sehr hohen Rate von akademischen Arbeitslosen, die in jedem Staat ein besonders kritisches Potential darstellen.

2008 konnte ein Aufstand der Minenarbeiter aus Redeyef mit der üblichen Taktik der Repression und nicht eingehaltenen Versprechungen erstickt werden. Nach der Selbstverbrennung eines akademisch gebildeten Gemüsehändlers Mitte Dezember 2010 in Sidi Bouzid begann sich jedoch die Revolte aus dem Süden nach Norden auszubreiten.

Ausgelöst wurde diese Protestbewegung durch die schlechte wirtschaftliche Lage vieler Familien und durch die im ganzen Land bekannte, zunehmend arrogante, öffentlich gezeigte korrupte Bereicherung "der Familie". Nicht zuletzt die im Land zirkulierenden Botschaftsberichte in Wikileaks, zu dessen Lektüre das akademische Proletariat in der Lage war, enthüllten das Ausmaß der Bereicherung und die Verschwendungssucht des Präsidentenclans. Auch die traditionell konservativen, wohlhabenden bürgerlichen Kreise haben das Regime nicht mehr gestützt, da der Trabelsi-Clan in seiner unermesslichen Bereicherungssucht auch ihre ökonomische Basis ernsthaft gefährdete. Zudem wurde offensichtlich, dass das Regime durchaus nicht allen westlichen Staaten unterstützt wird, sondern dass die USA und die nördlichen EU-Staaten, darunter Deutschland, kritisch Distanz wahrten.

Die blutigen Proteste erreichten am 12.01.11 den Großraum Tunis. Die Polizei erschoss auch hier an Demonstrationen teilnehmende Bürger und einige Demonstranten setzten öffentliche Gebäude in Brand. Daraufhin wurde Militär eingesetzt, um die Sicherheit zu gewährleisten und eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Zwischenzeitlich gab es vermutlich schwerste Differenzen im Herrschaftsapparat, der Chef des Heeres wurde nach unbestätigten Meldungen abgesetzt, da er sich geweigert hatte, dem Militär einen Schießbefehl zu erteilen. Ab dem 13.01.11 scheinen sich jedoch offensichtlich moderate Kräfte im Herrschaftsapparat durchgesetzt zu haben. Nach der schon am Dienstag erfolgten Entlassung des Innenministers, wurden zwei der Hardliner im Präsidentenbüro entlassen. Der Chef des Heeres, der keine politischen Intentionen hat, war wieder im Amt.

Angesichts des Generalstreiks am 14.01.11 und machtvoller Demonstrationen in der Innenstadt von Tunis, an dem tausende Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung teilnahmen und den sofortigen Rücktritt Ben Alis verlangten, sah die gemäßigte politische Führung, unterstützt vom Heer, keine Chance mehr, Ben Ali weiter an der Macht zu halten. Ihm wurde eine Ausreise unter Militärschutz ohne Mitglieder der Trabelsi-Familie angeboten, die er annahm. Die meisten Mitglieder des Trabelsi-Clans hatten schon die Woche zuvor aus Furcht vor der aufgebrachten Bevölkerung das Land verlassen.

Nachdem Frankreich in der Nacht eine Landung auf französischem Territorium abgelehnt hatte, flog er nach einem Tankstopp in Italien nach Djeddah (Saudi-Arabien).

Am Abend übernahm zunächst Premierminister Mohamed Ghannouchi die Amtsgeschäfte. Am 15.01.11 beschloss schließlich der Verfassungsrat nach Artikel 57 der tunesischen Verfassung, den Parlamentspräsidenten Fouad Mebazaa als Übergangspräsidenten einzusetzen. Dieser wurde noch am Nachmittag desselben Tages als Interimspräsident vereidigt und mit der Bildung einer Übergangsregierung beauftragt, an der auch die Oppositionsparteien beteiligt werden sollen. Die Wahlen müssen nach der Verfassung innerhalb von zwei Monaten stattfinden.

Das weitgehend integer gebliebene und unpolitische Militär sicherte die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung. Um deren Arbeit zu erleichtern und die Bevölkerung vor Gelegenheitsbanditen zu schützen, wurde der Ausnahmezustand mit Versammlungsverbot und Ausgangssperre ausgerufen. Wegen der von kriminellen Banden verübten Plünderungen, haben sich spontan in der ganzen Stadt Bürgerwehren gebildet, die durch die Errichtung von Straßensperren und mit Stöcken bewaffnet ihre jeweiligen Viertel verteidigen.

In der Folge kam es mehrmals zu Feuergefechten insbesondere in der Innenstadt bei der versuchten Beraubung der Zentralbank und um den Präsidentenpalast in Karthago, wo sich noch Präsidentenmilizen verschanzt hatten. Das Militär ist dabei, die Milizen nach und nach auszuschalten bzw. festzunehmen, wenn sie freiwillig die Waffen niederlegen. Angesichts der ungleichen Kräfteverhältnisse ist es nur eine Frage von Tagen, bis dieses Problem endgültig geregelt sein wird.

Die neue Übergangsregierung, die offiziell noch nicht bekanntgegeben wurde, soll wohl mit vier integer gebliebenen, erfahrenen Ministern der vorherigen Regierung, mit Repräsentanten der Opposition und der Zivilgesellschaft sowie Gewerkschaftsvertretern gebildet werden. Nicht beteiligt werden ehemalige Minister, die sich durch allzu große Nähe zu Ben Ali ausgezeichnet hatten, sowie die Islamisten. Diese hatten auf den islamistisch angehauchten, nun geflohenen Schwiegersohn des Präsidenten gesetzt, der vermutlich zur Wahrung der Interessen der Präsidentenfamilie dessen Nachfolge antreten sollte.

Es ist zu hoffen, dass sich die von der Stiftung in Zeiten der Repression unterstützten demokratisch-rechtsstaatlich gesinnten Kräfte, die nun teilweise an der Regierung teilnehmen werden, energisch für eine bessere demokratisch-rechtsstaatliche Zukunft des Landes einsetzen werden. Die in zwei Monaten verfassungsmäßig vorgesehenen Neuwahlen werden zeigen, welchen Politikern die Bevölkerung das größte Vertrauen schenken wird.

Noch mehr als in der Vergangenheit sollte die Solidarität und Unterstützung Deutschlands und Europas denjenigen Kräften zugutekommen, die einen demokratischen Neuanfang des Landes wagen. Unser europäisches Nachbarland, das dabei ist, sich selbst zu befreien, verdient diese Unterstützung mehr denn je. Es scheint nicht ausgeschlossen, dass diese tunesische "Jasmin-Revolution" als Fanal für andere arabische Gesellschaften dienen könnte, ihre Interessen in ihre Hände zu nehmen.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ  
AUTOR: DR. JÜRGEN THERES  
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –  
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.: +49 (0)89 1258-359  
E-MAIL: [GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE](mailto:GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE) – HOMEPAGE: [WWW.HSS.DE](http://WWW.HSS.DE)  
ERSTELLT AM: 04.01.2011